

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 10 (1969)
Heft: 8

Artikel: Streit um ein Mausoleum : eine ungewöhnliche Frage bedroht das gute Einvernehmen zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1095530>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Eine ungewohnte Frage bedroht das gute Einvernehmen zwischen Kirche und Staat in Jugoslawien

Streit um ein Mausoleum

Zwischen der serbisch-orthodoxen Kirche und der Gemeindeversammlung der montenegrinischen Stadt Cetinje ist ein Streit um die Errichtung eines Mausoleums für den montenegrinischen Erzbischof, Fürst und Dichter Petar Petrovic-Njegos II., ausgebrochen.

Petar Petrovic-Njegos lebte im 19. Jahrhundert (1813—1851). Er war der regierende Fürst und Erzbischof von Montenegro und ein begabter Dichter. In die Geschichte der jugoslawischen Völker ist er vorwiegend wegen seiner literarischen Werke eingegangen. Sein Freiheitsepos «Der Bergkranz» ist in mehrere westliche und östliche Sprachen übersetzt worden und gehört zu den klassischen Werken der jugoslawischen Literatur.

Sechs Jahre vor seinem Tod baute er auf dem montenegrinischen Berggipfel Lovcen (1700 Meter hoch) eine Kapelle, in der er wünschte, begraben zu werden. Seinem Wunsche wurde entsprochen, und die Nachkommen sorgten dafür, dass diese Kapelle zum Pilgerort für die Verehrer seiner Dichterkunst wurde. Während des Ersten Weltkrieges wurde die Kapelle von den Oesterreichern zerstört. Den Sarkophag verbrachte man ins Kloster von Cetinje, wo er bis 1925 blieb. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde dann seine Kapelle im gleichen Stil wiedererstellt und seine Ueberreste nach Lovcen zurückgeführt. Erzbischof P. Petrovic-Njegos ist zugleich ein Nationalheld der Montenegriner. Zwischen beiden Weltkriegen entwarf der bekannte kroatische Bildhauer Dr. Ivan Mestrovic ein Denkmal mit Mausoleum, wobei das Denkmal nach dem Krieg aufgestellt wurde.

Das Njegos-Mausoleum soll nun nach dem jüngsten Februar-Beschluss der Gemeindeversammlung von Cetinje auf dem Gipfel Lovcen errichtet werden. Die Grabkapelle Njegos am Lovcen soll zerstört werden, um dem neuen Mausoleum den Platz zu schaffen.

Da die Kapelle auf Lovcen eine kultische Stätte der serbisch-orthodoxen Kirche und zugleich ein von Erzbischof Njegos gestiftetes Denkmal ist,

widersetzte sich die serbisch-orthodoxe Bischofskonferenz dem geplanten Bau eines Mausoleums auf Kosten der alten Kapelle. Der heutige Metropolit von Montenegro, Danilo II., richtete in einem Artikel der serbisch-orthodoxen Kirchenzeitung «Pravoslavlj» vom 13. März 1969 einen scharfen Angriff an die Adresse der Gemeindeversammlung von Cetinje und verlangte, die Njegos-Grabkapelle sei nicht anzutasten und ein anderer Ort für die Errichtung des Mausoleums zu suchen. In diesem Artikel verglich er die Zerstörung der Njegos-Kapelle auf Lovcen mit den Vandalenakten und der Zerstörungswut der faschistischen Besatzungsmächte und drückte zugleich seine Hoffnung aus, dass in einem freien und sozialistischen Land Jugoslawien so etwas nicht geschehen werde.

Danilos Angriff löste dann Gegenangriffe der Gemeinde- und der Staatsbehörden von Montenegro aus. Täglich werden in den letzten Tagen in der jugoslawischen Presse Leserbriefe für und gegen die Errichtung des Njegos-Mausoleums auf dem Lovcen veröffentlicht. Der Streit dauert noch immer an. Inzwischen aber laufen bei der Gemeindeverwaltung in Cetinje freiwillige Geldspenden für die Errichtung des Mausoleums aus dem Inland und Ausland ein.

Die Errichtung des Njegos-Mausoleums war das Thema eines orthodoxen Priesterseminars, das am 21. März 1969 im montenegrinischen Kloster Savina unter der Leitung des Metropoliten Danilo II. stattfand. Auch dieses Seminar widersetzte sich der Zerstörung oder Verlegung der Njegos-Kapelle auf dem Lovcen und stimmte einem Vorschlag des Metropoliten zu, wonach sofort die Verhandlungen mit der Gemeindever-

(Fortsetzung Seite 6)

den Bau von 10 000 Wohnungen festlegen können, was einer Ausgabe von etwa 40 Millionen Dinar gleichkommt. Der Bau soll dieses Jahr anfangen und 1971 beendet sein, vorwiegend in der Grossstadt. Ueberhaupt sei die Bautätigkeit in letzter Zeit stark verwahrlost worden. Mangels Baumaterialien anscheinend, was aus einem anderen Beitrag in der gleichen Zeitschrift hervorgeht.

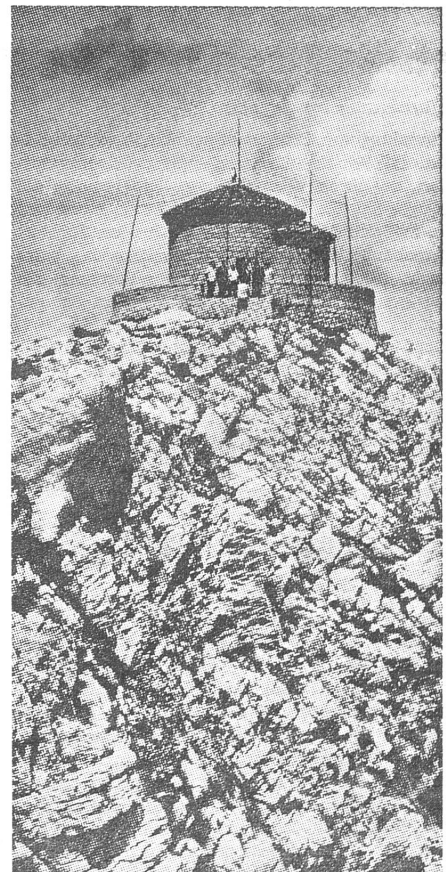
«El Djeich» meint, man wolle sich nun an die Erklärungen der Behörden halten, die eine Reaktivierung dieses Wirtschaftssektors in Aussicht stellten, wenn auch «die vorgesehene Zahl der zu bauenden Wohnungen, wie sie der Plan vorsieht, in keinem Verhältnis zur Wohnungsnot steht». Wohl rede man seit zwei Jahren von Baukrediten, von Baugenossenschaften. In der Zwischenzeit aber müsse man auch Staatswohnungen mittels Bestechungsgelder zu finden suchen. 5000 bis 10 000 Dinar müsse man auslegen. Bei solchen Schmiergeldern, meint «El Djeich», schlafe man

lieber «unter der Rampe Tafourah», was etwa «unter den Pariser Brücken» gleichkommt.

Der Beobachter weiss, dass die Probleme der Entwicklungsländer unerhört schwierig sind und dass die Lage, in der sich Algerien nach dem Kriege befand, recht kritisch war. Die Kritik der Zeitschrift «El Djeich» zeigt nun von einer nicht-westlichen Warte aus, dass das viele Gerede der sozialisierenden Führer der Dritten Welt nur allzuoft ein willkommener Nebel ist, hinter dem sich die wirklichen Probleme doch schön und lange vor der eigenen Bevölkerung verbergen lassen. Die Unfähigkeit dieser Führer würde man angesichts der riesigen Probleme, mit denen sie konfrontiert werden, nicht oder viel weniger ankreiden, wenn man nicht sehen würde, dass diese Unfähigkeit zusammen mit dem oft so leeren Gerede von den totalitären Grossmächten gebraucht und missbraucht wird. Die kostbare Zeit für die Entwicklungsanstrengungen versickert inzwischen unwiderruflich...



Was wiegt mehr: Die Ehrung durch ein neues Mausoleum oder die Schändung durch die Zerstörung der alten Grabkapelle? Erzbischof Njegos, Fürst und Dichter des 19. Jahrhunderts, droht im 20. Jahrhundert Kirche und Staat wieder gegeneinander zu bringen.



Die Grabkapelle auf dem Gipfel des Lovcen. Steifiger Boden für das geplante neue Mausoleum.

Zusammenhänge

Diesmal ist es Ernst mit der Wiedereinführung der Vorzensur bei den tschechoslowakischen Massenmedien. Die tschechoslowakische Presse, die es trotz des eingeschränkten Spielraums (namentlich bezüglich der aussenpolitischen Tabus) verstanden hatte, auch nach dem 21. August den moralischen Widerstand fortzusetzen, wird nun auf sowjetisches Geheiss ebenfalls «normalisiert». Und die schon zuvor immer stärker kompromittierte Partei- und Landesführung hat dazu die Handlangerdienste zu leisten.

Irgendwann musste es ja soweit kommen. Die Sowjetunion hätte nicht den Skandal eines gewaltsamen Einmarsches auf sich genommen, wenn sie nicht gewillt gewesen wäre, den Zustand zu beseitigen, der sie zum Eingreifen veranlasst hatte. Und dieser Zustand, das war die möglich gewordene Willenskundgebung der Landesbevölkerung.

Die Sache war also vorauszusehen, wenn auch der konkrete Anlass, die Unruhen nach der Eishockeyweltmeisterschaft, akzidenteller Art war, oder halb akzidenteller Art vielmehr, denn die Gefühle der Bevölkerung gegenüber der Okkupationsmacht gehören zu den festen Gegebenheiten des Landes. Sie werden sich jetzt nicht mehr äussern dürfen, und mit der Zeit

wird es bei uns wieder zum schlechten Geschmack werden, an sie zu erinnern.

*

Es musste so kommen, ja. Aber auch wer nach dieser Etappe prinzipiell keine Illusionen zu begraben hat, kann Schmerz, Erschrecken und Enttäuschung (denn man hofft immer wider besseres Wissen) empfinden, nun, da es wirklich so weit ist.

Die tschechoslowakischen Massenmedien waren es gewesen, die den «Prager Frühling» angekündigt hatten, die ihm seine grosse Blüte brachten, die schliesslich seine Gedanken in die Zeit der Okkupation hinein verteidigten, als sonst alles zusammenbrach.

«Wir haben eine grosse Zukunft hinter uns», schrieb kürzlich die satirische Prager Zeitschrift «Dikobraz». Die Formulierung ist nicht so neu, dass sie als Witzwort sonderlich zu goutieren wäre. Nur die Wahrheit dahinter ist erschütternd.

Wieviel Zukunft ist doch in der Tschechoslowakei verschüttet worden, wieviel «geschichtlich unaufhaltbare Entwicklung» ist zusammengebrochen, wieviel Hoffnung ist zerstört. Lassen wir für einmal den Streit, was aus der Tschechoslowakei geworden wäre, wenn man sie

hätte machen lassen. Die erstmalige Realisierung des seit einem halben Jahrhundert nie zur Tatsache gewordenen «sozialistischen Humanismus»? Eine pluralistische Gesellschaft neuer Form? Die Aufgabe des kommunistischen politischen Systems unter Beibehaltung der kommunistischen Eigentumsverhältnisse? Viele haben scheinbar gegensätzliche Dinge angekündigt, die vielleicht gar nicht so gegensätzlich waren. Sie lassen sich letztlich in dem Wort zusammenfassen, das man hierzulande aus Furcht vor überlebtem Pathos gar nicht auszusprechen wagt: Freiheit. Auch das Vokabular des Prager Frühlings war mit Etiketten überklebt, aber die Sehnsucht dahinter, oh doch, sie war echt und leicht erkennbar. Sie galt schon der Freiheit, ganz einfach. Und wenn der Begriff bei uns auch tausendmal hohl tönt, dort, wo man die Sache entbehrt, ist er angefüllt.

Die politischen Hoffnungen der Tschechoslowakei zerbrachen letztes Jahr mit der Okkupation. Was sie aber noch erstaunlich lange überdauerte, das war die Stimme der Tschechoslowakei, so wie sie durch die öffentlichen Medien zugänglich blieb. «Prace», «Listy», «Mlada Fronta», «Reporter» waren nur die konsequentesten Verfechter einer Presse, die sich (samt vielen Radioprogrammleitern) gesamthaft als letzte

Streit um ein Mausoleum

Fortsetzung von Seite 5)

ammlung von Cetinje aufgenommen werden sollen. Die Gemeindeversammlung wird aufgefordert, auf ihren Vorschlag zurückzukommen, die Ijegos-Kapelle an ihrem Standort zu lassen und sie zugleich ins Projekt des Njegos-Mausoleums einzubauen. Dieser Kompromissvorschlag wäre auch Auffassung vieler Njegos-Verehrer die einzig richtige Lösung. Das letzte Wort hat damit die Gemeindeversammlung von Cetinje. Der Streit um das Njegos-Mausoleum droht, falls er nicht bald beigelegt wird, das gute Verhältnis zwischen der serbisch-orthodoxen Kirche und dem jugoslawischen Staat zu trüben und könnte negative Folgen haben. *Ku*

hatte? Oder im Gegenteil als eine autoritäre Sammlung der Kräfte, um dem feindlichen Riesenbruder mit der nötigen Härte und Disziplin entgegenzutreten? Das sind so oder so Spekulationen am Rande, während doch der «reaktionäre» Kurs durch lagerinterne Gründe in der Hauptsache plausibel und genügend erklärt wird.

Gründe und Vorwände

Aus durchaus eigenem Bedürfnis hat die Sowjetunion die «Normalisierung» in ihrem Sinne in Osteuropa an die Hand genommen, und aus durchaus eigenem Bedürfnis will sie das Unternehmen auch weiterführen, ob nun in der Zwischenzeit am Ussuri geschossen worden ist oder nicht. Das Argument, das zählt, ist hier die schiere Macht. Und erst zusätzlich bedient man sich der Argumentation, die im Moment mehr oder weniger gegeben ist.

Das ganze letzte Jahr über begleitete die UdSSR ihre Einschüchterungs- und Gewaltaktionen mit Hinweisen auf den «verschärften Klassenkampf im internationalen Rahmen», der erhöhte Einigkeit fordere. Dabei war im bewussten internationalen Rahmen die Bereitschaft, nur ja alles zu unterlassen, was die Sowjetunion als Provokation auslegen könnte, grösser gewesen als je zuvor. Warum sollte da die Sowjetunion jetzt nicht auch einen Zwischenfall mit China, den sie nicht einmal zu erfinden braucht, als zusätzlichen Hinweis auf die Notwendigkeit zur Einheitlichkeit gebrauchen?

Wenn jetzt nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in Rumänien, das sich bisher erfolgreich dagegen gestemmt hatte, Warschauer-Pakt-Manöver stattfinden, so hat das bestimmt nichts mit China zu tun, sogar wenn in den Vorbereitungsgesprächen das Stichwort China hoch-

gespielt worden sein sollte (was übrigens gar nicht so sicher ist; das Hauptargument lautete wohl wie eh und je: «Wenn ihr nicht einwilligt, dann...»)

Die Sowjetunion hat die tschechoslowakischen Unruhen nach der Eishockeyweltmeisterschaft dazu benützt, um in Prag wieder härter durchzugreifen und den Restbestand an eigenständiger Führung vollends kapitulationsreif zu schiessen. Aber niemand wird deswegen folgern, die sowjetischen Spielniederlagen in Stockholm seien im Interesse Moskaus gewesen. Der Wunsch, Unruhen zu zähmen, ist naturgemäss dem Wunsch nachgestellt, dass sie gar nicht ausbrechen.

Und ähnlich, nur anhand eines wichtigen Falles, erklärt sich das sowjetische «Interesse» am Konflikt mit China bezüglich Osteuropa. Die Sowjetunion nützt das Motiv zur Zähmung der widerwilligen Satelliten aus, sicher. Aber der Anlass ist grundlegend geeignet, den Nationalismen in Osteuropa Nahrung zu geben und nicht zu entziehen. Die potentielle Ungehorsamkeit gegen den grossen autoritären Bruder wird dadurch gesteigert, und damit eben auch die Gefahr von Schlägen oder von vorbeugenden Disziplinar-massnahmen. Aber die Sowjetunion hat sich mehr vor der Möglichkeit des Ungehorsams zu fürchten, als sich an der Möglichkeit zur Strafe zu freuen.

So wirkt sich der sino-sowjetische Konflikt in der gegenwärtigen Konstellation für Osteuropa kurzfristig schmerzlich aus (soweit er sich überhaupt auswirkt, denn die Sowjetunion hätte gegebenenfalls auch noch andere Vorwände zur Zähmung; man muss in den Proportionen bleiben), gehört aber langfristig weiterhin zu den Chancen seiner Emanzipation.

Christian Brügger,

Osteuropa und der ferne Streit in Asien

Fortsetzung von Seite 1)

owjetunion hatte es keineswegs nötig, auf chliessereien am Ussuri oder sonst etwas in dieser Preislage zu warten, um in Osteuropa wieder in ihrem Sinne Ordnung zu schaffen. Der Realisierungsprozess seit 1965/66 ist als Reaktion auf die Gärung schon im eigenen Volke und dann in den untergeordneten Nachbarländern zu verstehen und hat keine ersichtliche «chinesische» Komponente. Man wüsste nicht einmal, wie die Restalinisierung im grossmächtigen Konflikt mit China zu interpretieren wäre. Als Aniederungsversuch durch eine Rückkehr zu jenem «revolutionär»-autoritären Regime, dessen Aufgabe die Chinesen angeblich so entrüstet